



**IND**



# flash

## Aktuelles der SVP Baselland

Nr. 69 September 2020

<b>Claudia Schmid</b> 92% Abschlussquote Sekundarstufe II <b>Seite 2</b>	<b>Csaba Zvekan</b> Interview mit Regierungsrat Thomas Weber <b>Seite 4</b>	<b>Hanspeter Weibel</b> Ja zu einer massvollen Zuwanderung <b>Seite 5</b>	<b>Caroline Mall</b> Bundesrat handlungsfähig machen <b>Seite 7</b>	<b>Jacqueline Wunderer</b> Nicht einverstanden! <b>Seite 8</b>	<b>Sandra Sollberger</b> Keine zusätzliche Belastung durch Vaterschaftsurlaub <b>Seite 9</b>
--	---	---	---	--	--

**AZB**  
4414 Füllinsdorf

# SVP BL will noch dynamischer werden und die Kommunikation verstärken



*Dominik Straumann  
Parteipräsident SVP BL*

Herzlichen Dank für Ihr Vertrauen bei der Wiederwahl als Parteipräsident. Ich freue mich auf die nächsten Jahre, die sehr herausfordernd werden und

nur mit dem Einsatz aller erfolgreich sein können. Wir als Parteileitung sind bereit, die Baselbieter SVP wieder zum Wahlerfolg zu führen, aber dazu brauchen wir alle unsere Mitglieder. Ganz getreu dem Motto, das unter der Kuppel des Bundeshauses in Bern steht: **«Unus pro omnibus, omnes pro uno»**, oder zu Deutsch: «Einer für alle, alle für einen»!

Ich habe an der Generalversammlung ein 8-Punkte-Programm und eine klare Strategie vorgelegt: Insbesondere soll der Bereich der Kommunikation ausgebaut und die diversen neuen Medien noch besser genutzt werden – auch vor dem Hintergrund der mehrheitlich darbenenden und eher einseitigen Medienszene, welche die SVP nur noch sehr selektiv berücksichtigt. Wir wollen die interne Vernetzung stärken, unsere Werte deutlicher benennen und – vor allem auch bei den Jungen – einen Mitgliederzuwachs erzielen. Dies ist nicht nur mein Ziel, sondern die Meinung der gesamten Parteileitung. Hier freue ich mich auf die Zusammenarbeit mit Mar-

kus Graf, Ermando Imondi, Andi Trüssel, Reto Tschudin und Aimo Zähndler (alle neu gewählt), mit Caspar Baader, Andreas Spindler, Christoph Spindler, Heiko Steiner und Johannes Sutter (alle bisher) sowie mit den weiteren Mitgliedern, die von Amtes wegen in der Parteileitung Einsitz nehmen. Insgesamt umfasst die Parteileitung 23 Personen. Die komplette Parteileitung kann auf der Webseite eingesehen werden.

Am 27. September 2020 sind die nächsten Volksabstimmungen, die wegweisend sein werden für unser Land. Sei es mit der Begrenzungs-Initiative (BGI), der Erhöhung des Steuerabzugs für Kinderbetreuungskosten, aber auch mit der Sicherung unserer Landesverteidigung durch die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge. Für uns ist klar: Unsere Schweiz soll keine 10 Millionen Einwohner haben, weshalb die SVP CH die Begrenzungs-Initiative eingereicht hat. Aber auch unser Wahlstlogan «Frei und sicher» ist und bleibt topaktuell. Denn neben der Selbstversorgungska-

pazität brauchen wir eine Landesverteidigung auf allen «Flughöhen». Deshalb braucht es ein klares Ja für die Ersatzbeschaffung der neuen Kampfflugzeuge.

Ich fordere alle unsere Mitglieder auf, in ihrem Umfeld aktiv zu sein, damit möglichst viele Stimmberechtigte ihre Verantwortung wahrnehmen und am 27. September abstimmen gehen. Denn

dort wird entschieden, wie es mit unserer Schweiz weitergeht.

**Ich bin überzeugt, ein Ja zur Begrenzungs-Initiative sichert unsere Schweiz als lebenswertes Land, mit Wohlstand und Sicherheit.**

Viele weitere Informationen, ob Text, Bild oder Videos, finden Sie aktuell

auf unserer Website [www.svp-bl.ch](http://www.svp-bl.ch) oder in Facebook [www.facebook.com/svpbl](https://www.facebook.com/svpbl). Ich kann Ihnen die Rede von Nationalrat und BGI-Kampagnenleiter Marcel Dettling nur wärmstens empfehlen.

Ich wünsche allen weiterhin beste Gesundheit und freue mich auf ein baldiges Wiedersehen.

## 92% ist die Abschlussquote der Sekundarstufe II – ein wichtiger Indikator für die Bildungsqualität in unserem Kanton!



Von Caroline Schmid, Bildungsrätin BL, Schulrätin Gymnasium Muttenz

Möchten Sie wissen, was genau mit diesen 92% gemeint ist? Falls ja, lade ich Sie gerne ein, weiterzulesen.

Der Bildungsbericht des Kantons Baselland erscheint alle 4 Jahre. Im Mai 2020 wurde der 58-seitige Bildungsbericht 2019 veröffentlicht, der Statistiken, Zahlen und Fokusthemen rund um die Bildungslandschaft in unserem Kanton beinhaltet. Dabei werden alle Stufen berücksichtigt – von Kindergarten, Primar- und Sekundarschule, Berufliche Grundbildung bis hin zur höheren Berufsbildung und den weiteren

Hochschulen. In meiner Funktion als Bildungsrätin möchte ich es nicht verpassen, Ihnen eine wichtige Zahl – ein sogenannter Schlüsselindikator – aus dem Bericht mitzuteilen! Mit diesem Indikator der Sekundarstufe II werden Rückschlüsse gezogen, wie gut unsere im Baselbiet wohnhaften jungen Erwachsenen auf das Erwerbsleben vorbereitet sind.

Nach der obligatorischen Schulzeit ist es wichtig, dass unsere Schulabgängerinnen und Schulabgänger sich weiterbilden und entweder eine Lehre starten oder eine weiterführende Schule besuchen (Gymnasium, Fachmittelschule usw.). Diese Phase in der Ausbildung nennt man Sekundarstufe II.

Wie erfolgreich sind sie dabei? Haben sie genügend Durchhaltewillen und erlangen sie einen Abschluss?

Mit Stolz kann ich Ihnen mitteilen, dass sie dies tun! 92% unserer jungen Erwachsenen im Baselbiet haben eine Ausbildung nach der obligatorischen Schulzeit erfolgreich absolviert und einen Abschluss gemacht – sei dies ein Lehrabschluss, eine gymnasiale Matura oder ein Abschluss an der Fachmittelschule!

Wir dürfen stolz auf diesen Schlüsselwert sein, da dies ein wichtiger Indikator für unser ganzes Bildungssystem ist und wir im interkantonalen Vergleich hier ein sehr gutes Ergebnis erzielen!

92% heisst im Umkehrschluss aber auch, dass 8% der im Baselbiet wohnhaften jungen Erwachsenen bis zum Alter von 25 Jahren über keinen Abschluss verfügen – keinen Lehrabschluss, keine Matura, nichts. Auf diese 8% muss meiner Ansicht nach unbedingt auch das Augenmerk gerichtet werden. Im Bericht werden dabei folgende zwei Gründe erwähnt: Zum einen schliessen im Baselbiet im Durchschnitt 25% der im Ausland geborenen Ausländerinnen und Ausländer keine Ausbildung auf dieser Stufe ab. Jede/r Vierte, der/die im Ausland geboren ist und im Baselbiet wohnhaft ist, verfügt somit über keinen Abschluss. Ein weiterer Grund, der aber nicht so ins Gewicht fällt, ist die Tatsache, dass die Abschlussquote bei den Männern generell tiefer ist als bei den Frauen. Beispielsweise haben im Jahr 2017 89,7% der Männer einen Abschluss erlangt, bei den Frauen waren es 94,4%.

2018 wurden in der beruflichen Grundbildung im Kanton Basel-Landschaft

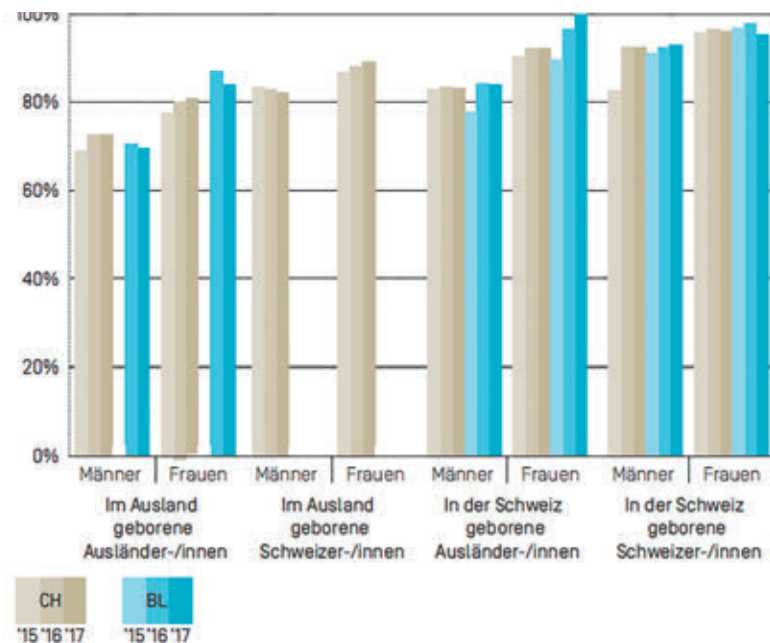
1688 Abschlüsse erlangt (EFZ: 88,7%, EBA: 11,3%). Eine stolze Zahl, die unser duales Bildungssystem als hervorragende Ausbildungsmöglichkeit bestätigt! Weiter freut es mich auch, dass auch die Zahl der Abschlüsse mit Berufsmatura steigt. Dies eröffnet für die Lehrabgänger/-innen die Möglichkeit, eine weitere Ausbildung beispielsweise an der Fachhochschule oder höheren Berufsschule zu absolvieren mit dem zusätzlichen «Trumpf», über einen mit wertvoller Praxiserfahrung gefüllten Rucksack zu verfügen.

Es ist wichtig, dass Eltern auch nach der obligatorischen Schulzeit ihre Kinder weiterhin motivieren, einen Abschluss zu absolvieren, der ihnen den Grundstein für das Erwerbsleben legt. Sei es mit einer Lehre, einem Gymnasium oder einer Fachmittelschule. Wenn Jugendliche keinen weiteren Abschluss nach der obligatorischen Schulzeit anstreben, besteht schnell die Gefahr, dass sie Anschlusslösungen verpassen und so in der Sozialhilfe landen. Deshalb ist es auch wichtig, insbesondere auch leistungsschwächeren Schulabgängerinnen und -abgängern eine Chance zu geben, damit auch sie zu diesen 92% gehören! Ein grosser Dank gilt somit auch unseren Unternehmerinnen und Un-

ternehmern im Baselbiet, die gewillt sind, sich in der Ausbildung zu engagieren und Lehrstellen anzubieten! Nur wenn das Angebot an Lehrstellen überhaupt vorhanden ist, kann auch

ausgebildet und ein Abschluss erzielt werden. Diese Lehrbetriebe leisten einen wichtigen Beitrag, dass der Wert von 92% erreicht wird. Herzlichen Dank!

**Abschlussquote Sekundarstufe II Kanton Basel-Landschaft und Schweiz nach Staatsangehörigkeit, 2015–2017**



# Schon wieder im Stau!



## Zu viel ist zu viel!

**JA+**  
zur Begrenzungs-  
Initiative



[www.begrenzungsinitiative.ch](http://www.begrenzungsinitiative.ch)

# Corona: Was war, wo stehen wir?



*Interview mit Regierungsrat Thomas Weber, Vorsteher der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft*

## **Wie haben Sie die Coronazeit und im Speziellen den Lockdown persönlich erlebt?**

Es war eine sehr spannende und auch anforderungsreiche Zeit, weil ich ja gleichzeitig Volkswirtschaftsdirektor und Gesundheitsdirektor bin. Es war ein stetes Abwägen, was nun sofort zu entscheiden war und welche Konsequenzen dies für die Gesundheit der Bevölkerung, aber auch für die Bevölkerung als Teil des Wirtschaftslebens haben würde. Das Gleichgewicht zwischen Gesundheit und Wirtschaft zu halten, war und ist sehr wichtig. Ich war in diesem Sinne stark gefordert und konnte dabei immer auf die Unterstützung meiner Kolleginnen und Kollegen im Regierungsrat und auf den Kantonalen Krisenstab (KKS) zählen.

## **Sie waren als Gesundheits- und Wirtschaftsdirektor doppelt gefordert. Mussten Sie Ihren Arbeitstag während der Coronazeit anders gestalten?**

Es war weniger der einzelne Arbeitstag als die Wochenenden und auch die Nächte. Am intensivsten war es gegen Mitte März, als wir sahen, dass nun sehr schnell gehandelt werden musste. Es gab sehr viele Informationen und Einschätzungen zu beurteilen. Dazu waren zahlreiche Stabsrapporte und Sonder-sitzungen nötig. Gleichzeitig sind Re-präsentations- und Routineanlässe, Ge-

neralversammlungen usw. ausgefallen. Das Thema Corona dominierte in den Monaten März und April eindeutig.

## **Der Kanton Baselland war der erste Kanton in der Schweiz, der den Lockdown ausgerufen hatte. Was waren die Gründe, die das schnelle Auslösen der Massnahmen beschleunigt hatten?**

Das war die wahnsinnig rasante Zunahme der Fallzahlen und damit auch der Personen, die in Spitalpflege und auch auf die Intensivstationen mussten, und ab dem 8. März auch die Zahl der Todesfälle. Die Neuansteckungen verdoppelten sich alle 3 Tage. Eine Woche länger zuzuwarten hätte bedeutet, dass die Fälle sich vervierfacht hätten. Dies hätte unser Gesundheitssystem überfordert: Wir hätten nicht genügend Beatmungsplätze auf den Intensivstationen gehabt. Wir führten am Wochenende zwischen dem 13. und dem 15. März einen langen Stabsarbeitstag im KKS durch. Auf meinen Antrag hin trafen wir am Sonntag an einer ausserordentlichen Regierungssitzung die wichtigen Entscheide und gaben diese am Nachmittag des 15. März an einer Medienkonferenz bekannt. Einen Tag später beschloss der Bundesrat schweizweit gültige Regelungen. Basel-land war hier vorausgegangen und löste damit in der Deutschschweiz etwas aus, das dann auch vom Bund aufgenommen wurde.

## **Eine weitere Massnahme hat die Bevölkerung beeindruckt: Der Kanton hat das Bruderholzspital zum Covid-Referenzspital erklärt. An den beiden anderen Standorten des KSBL wurde der normale Betrieb weitergeführt. Zusätzlich wurde der Zivilschutz aufgeboten und beim Bund wurde die Unterstützung der Armee angefordert. Würde der Regierungsrat diese Massnahmen wieder so handhaben?**

Ja, das würden wir, eindeutig. Wir haben gesehen, welche Vorteile strukturierte Führungsprozesse haben, wie sie der KKS kennt. Die Stabsangehörigen kommen zu grossen Teilen aus Einsatzorganisationen wie Militär, Feuerwehr, Polizei oder Zivilschutz. Wertvoll war auch die direkte Mitwirkung der Ärztesellschaft Baselland mit mehreren Fachärzten im KKS. Wir analysierten verschiedene Varianten und bewerteten diese.

Es stellte sich die Frage, welche Mittel wir im Kanton bereits selbst hatten und welche wir zusätzlich noch brauchten. Es zeigte sich, dass mit dem Referenzspital Bruderholz eine weitere Ausbreitung des Virus, z.B. via Arztpraxen oder andere Spitäler, am besten eingedämmt werden konnte. Für den Betrieb der Abklärungsstationen und der mobilen Testteams war der Zivilschutz ein sehr wichtiges Mittel, und dass wir bei der Armee zusätzliche Mittel (Personal, Fahrzeuge, Geräte) beantragen konnten, war sehr hilfreich. Wir würden das wieder so machen.

## **Wie haben Sie den Zivilschutz und die Armee in diesem Einsatz erlebt?**

Als sehr motiviert, auch sehr gut ausgebildet und bereit. Natürlich mussten sich die Abläufe, z.B. im Spital mit dem zivilen Pflegepersonal, zuerst einspielen. Die Sanitätssoldatinnen und -soldaten haben ihre einsatzbezogene Ausbildung rasch absolviert und waren dann im Einsatz hervorragend in die Teams integriert. Auch die Angehörigen des Zivilschutzes, die vor allem in den Abklärungsstationen sowie für Transportdienste, Logistik, oder als Führungsunterstützung im KKS eingesetzt waren, leisteten hervorragende Arbeit, für die ich ihnen ein Kränzchen winde und danke.

## **Wir kommen zur Wirtschaft: Der Bundesrat sprach sofort Notkredite und in der Folge diverse Massnahmen (Kurzarbeit), die die leidende Wirtschaft am Leben erhalten sollten. Auch der Kanton Baselland sprach sofort Einmalzahlungen für die Geschäftsinhaber (Fr. 7500.- +250.- / für Mitarbeitende – max. Fr. 10 000.-) aus. Wie hoch war der Totalbetrag für diese Massnahmen in Baselland?**

Das waren rund 40 Millionen Franken, die in mehreren Tranchen ab April ausbezahlt wurden, der erste Betrag bereits vor Ostern. Die KMU-Wirtschaft schätzte diese rasche Hilfe sehr. Wir waren auch der erste Kanton, der die Unternehmen so rasch unterstützte. Weitere rund 10 Millionen Franken sind nun für Zahlungen an Geschäftsmieten reserviert, die der Landrat – entgegen den Antrag des Regierungsrats – vorgesehen hat. Aus Hauseigentümersicht sind derartige Eingriffe in privatrechtliche Mietverhältnisse und ins Eigentum abzulehnen.

### **Hat der Regierungsrat bereits mit der Aufarbeitung der Covid-Massnahmen begonnen – oder bis wann denken Sie, kann der RR die Bevölkerung über die Erkenntnisse und die daraus gezogenen Schlüsse orientieren?**

Wir orientieren laufend, wenn sich Neues ergibt, wie beispielsweise zur Abklärungs- und Teststation, die sich seit Anfang August im Spenglerpark in Münchenstein befindet. Die aktuellen Informationen sind auch immer auf der Website des Kantons ([www.bl.ch](http://www.bl.ch)) zu finden. Der Regierungsrat hat zudem einen umfassenden Zwischenbericht in Auftrag gegeben, der auch dem Landrat und der Öffentlichkeit vor Ende Jahr zur Verfügung stehen wird. Es soll eine systematische Analyse von Aussagen, Erkenntnissen und Konsequenzen über die verschiedenen Fachbereiche entstehen, die für künftige Planungen beigezogen werden kann. Dabei geht es z.B. um die Wirksamkeit der Wirtschaftsmassnahmen, oder auch um eine Beurteilung der Arbeit des Krisenstabs und unserer Eventualplanungen. Wir wissen, dass eine nächste Pandemie sicher einmal kommen wird und auch, dass sie nicht genau gleich sein wird wie die aktuelle. Dennoch ist es wichtig, sauber aufzuarbeiten, wie wir diesmal vorgegangen sind. Wo waren wir vielleicht zu vorsichtig, wo hätten wir früher, oder vielleicht auch später, oder anders, handeln können/sollen? Nach einem derartigen Grosseinsatz ist eine offene, selbstkritische Auswertung nötig, um Verbesserungspotenzial zu erkennen und für die Zukunft zu lernen. Die Bevölkerung will zu Recht, dass wir immer nach den besten und neuesten Erkenntnissen handeln.

### **Was ist der jetzige Stand der Corona-Krise (August 2020)?**

Anfang April war die Welle am höchsten, damals wurden im Referenzspital Bruderholz 18 Personen auf der Intensivpflegestation beatmet, dieses stand kurz vor seiner Kapazitätsgrenze. Auch heute könnten wieder so viele Patienten beatmet werden, ohne dass Personal oder Geräte aus anderen Spitälern beigezogen werden müsste. Die Fallzahlen sind im August wesentlich tiefer, im Schnitt rund 5 neu positiv Getestete pro Tag und insgesamt im Schnitt 1 Person hospitalisiert. Anders als im Frühling nimmt die Zahl der Covid-Patienten im Spital nicht zu. Wir wissen noch nicht, ob dies nun der Anfang einer 2. Welle ist. Es verläuft

jedoch sicher wesentlich langsamer als noch im März und April. Man sieht daraus aber auch: Corona ist noch nicht weg, es gilt «Leben mit Corona». Dabei soll die Betonung wieder vermehrt auf «Leben» liegen. Respekt haben, Hygiene und Abstand halten und dabei trotzdem an Aktivitäten teilnehmen. Ich bin persönlich gegen immer mehr Einschränkungen. Wo wir etwas ermöglichen können, sollen wir es ermöglichen. Ab 1. Oktober sollen auch Grossveranstaltungen mit über 1000 Personen durch die Kantone bewilligt werden können, wenn sie bestimmte Bedingungen und Schutzkonzepte einhalten, die schweizweit möglichst einheitlich sein sollen.

### **Wie sieht es aus mit der Maskenpflicht in öffentlich zugänglichen Räumen?**

Eine Maske kann zum Schutz beitragen; im öffentlichen Verkehr z.B. halte ich Masken für sinnvoll. Die Gesundheitsdirektoren der Kantone Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Solothurn und Aargau tauschen sich regelmässig aus. Wir haben Werte festgelegt, bei deren Überschreiten weitere Massnahmen, wie z.B. die Maskentragpflicht in öffentlichen Gebäuden, geprüft werden sollen. Geprüft – ein Automatismus besteht nicht. Die Lage ist allerdings labil und wir beobachten sie aufmerksam. Entscheidend ist dabei für mich nicht die Zahl der neu positiv Getesteten, sondern die Entwicklung im Spital, besonders bei den Patienten auf der Intensivpflegestation. Wir sind zum Glück weit von der Situation im März und April entfernt, als mehrere Dutzend Personen gleichzeitig im Spital waren, davon über ein Dutzend beatmet in Intensivpflege. Zudem müssen wir die Infektionsketten mit dem sogenannten Contact Tracing zurückverfolgen können. Das können wir aktuell gut. Sollten allerdings im Kanton plötzlich Tausende Personen betroffen sein, würde das System nicht mehr funktionieren. Die rechtzeitige Ausweitung der Maskenpflicht ist dann eines der möglichen Instrumente, das aber mit Bedacht eingesetzt werden sollte. Ver- und Gebote sind Mittel aus dem politischen Giftschränk und entsprechend vorsichtig einzusetzen, also nur wenn sie wirklich nötig sind, um generelle Betriebsschliessungen und andere harte Massnahmen zu verhindern.

### **Warum ist das in der Schweiz überall anders geregelt?**

Das Virus breitet sich nicht überall gleich aus, es gibt grosse Unterschiede zwi-

schen städtischen und ländlichen Gebieten und auch innerhalb solcher Gebiete ist es nicht überall gleich. Ich finde es richtig, dass regional resp. kantonale angepasste Regeln gelten. Es wäre falsch, wenn der Bundesrat z.B. eine landesweite Maskenpflicht in Läden anordnen würde, weil in der Genfer Innenstadt ein Ansteckungsherd besteht, während Appenzell überhaupt keine Ansteckungen hat. Die Kantonsregierungen, die nahe bei der Bevölkerung sind, müssen dies selbst beurteilen und entscheiden, und das können wir auch. Ich bin da ein überzeugter Föderalist, wie dies auch den Zielsetzungen unserer Partei entspricht.

### **Sie sind auch OK-Präsident des nächsten Eidg. Schwing- und Älplerfestes, ESAF. Wie sieht es hier mit Corona aus? Haben wir dann einen Impfstoff?**

Das «ESAF Pratteln im Baselbiet» findet Ende August 2022 statt, also in zwei Jahren. Ich bin zuversichtlich, dass wir bis dann nicht mehr in der gleichen Situation sein werden wie heute. Dennoch sind wir auch im OK gefordert, seriös zu planen und uns zusammen mit dem Eidgenössischen Schwingerverband auf Eventualitäten vorzubereiten. Die Forschung ist weltweit intensiv daran, einen Impfstoff zu entwickeln. Ich hoffe, dass wir spätestens Mitte 2021 einen solchen haben werden. Dann werden wir in einer ähnlichen Situation sein wie mit der saisonalen Grippe, von der wir zwar auch wissen, dass Menschen daran sterben können, gegen die aber ein gewisser Schutz mit der Impfung möglich ist. Dann wird das Risiko gesellschaftlich akzeptiert sein. Im Moment ist belastend, dass man eigentlich nichts gegen das neue Coronavirus in der Hand hat; dieses ist einfach da, und die Angehörigen einer Risikogruppe sind gefährdet. Wenn es eine Impfung gibt, können alle selbst einschätzen, ob sie mit oder ohne Impfung an einen Grossanlass wie das ESAF gehen wollen. Wir lernen mit Pandemien umzugehen und ich bin mit Blick auf das Jahr 2022 optimistisch.

Die Fragen stellte Csaba Zvekan, Präsident SVP Reinach

Das ganze Video-Interview ist zu sehen auf: [thomasweber.ch](http://thomasweber.ch) und auf dem YouTube-Kanal der SVP Baselland: <https://www.youtube.com/watch?v=OX-Vo5K958zg&t=14s>

# Begrenzungs-Initiative (BGI); Ja zu einer massvollen Zuwanderung



Von Hanspeter Weibel, Landrat SVP

Im März 2020 entwickelte sich die Situation auf der ganzen Welt dramatisch. Grenzen wurden geschlossen, das Reisen wurde massiv eingeschränkt, ja selbst im eigenen Land war man in gewissen Regionen unerwünscht. Der Grund für diese massiven Einschränkungen (auch z.T. im Warenverkehr) lag in einem Virus (aus China).

Noch vor wenigen Monaten ein undenkbarer Vorgang; ja selbst innerhalb Europas galten Einreisebeschränkungen. Grenzen haben in der Krise eine wichtige Funktion. Die EU scheint ein Schönwetterprodukt zu sein, denn in der Krise drehen alle im roten Bereich.

Und heute? Das Virus ist noch da und dennoch finden grosse Teile der schweizerischen Politszene, dass die Schweiz nicht eigenständig über ihre Zuwanderung bestimmen solle. Etwas, das noch vor der Einführung der Personenfreizügigkeit 2002 der Normalfall war und heute für Arbeitskräfte aus der übrigen Welt immer noch gilt: Kontingente. Aber kommen denn die gesuchten Fachkräfte?

Auch wenn ich mittlerweile aus der Erfahrung der Corona-Zahlen Statistiken des Bundes in Zweifel ziehe: aus dieser Darstellung wird ersichtlich, dass die damals vom Bundesrat genannten Gründe für eine Zustimmung zum Personenfreizügigkeitsabkommen in keiner Art und Weise zutreffen. Hat der Bundesrat damals gelogen? Nein, ein Bundesrat lügt grundsätzlich nicht. Er

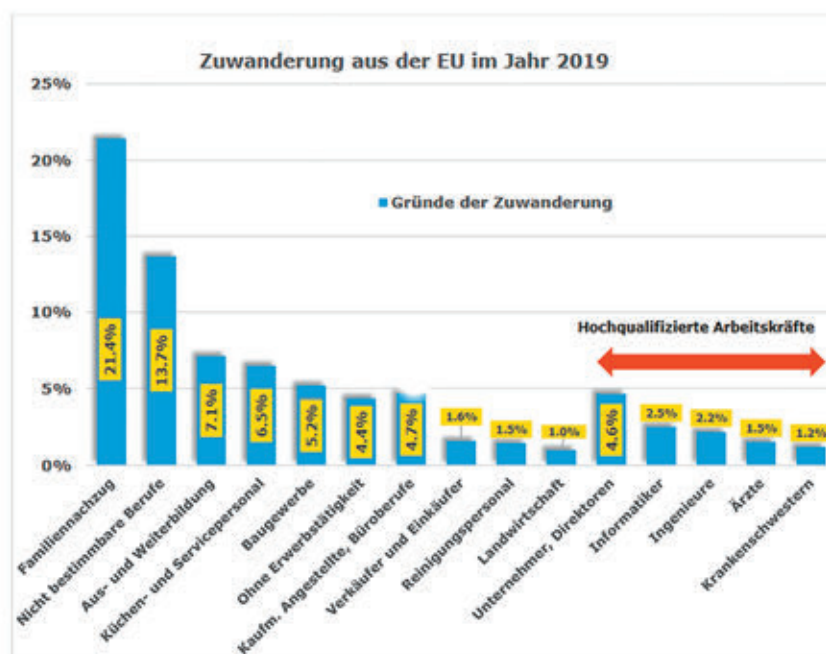
sagt uns nur nicht die Wahrheit. Man sprach damals von ca. 8000 Personen jährlich, die zuwandern würden. In den vergangenen 13 Jahre kamen eine Million Menschen zusätzlich in die Schweiz, davon 650 000 aus der EU. Diese Masslosigkeit schadet! Das sind jährlich mehr als das Sechsfache des Vorausgesagten. Der Bundesrat hat sich lediglich verrechnet! Und wie ist es heute mit der bundesrätlichen Argumentation, z.B. von Karin Keller-Sutter? Bei einem Nein sollen die bilateralen Verträge und damit der Marktzugang für Schweizer Unternehmer entfallen! Kennt sie das Dossier so gut, wie der Bundesrat damals rechnen konnte? Der Marktzugang wird durch das Freihandelsabkommen von 1972 gewährleistet. Die allenfalls wegfallenden 6 betroffenen bilateralen Verträge (Landverkehrsabkommen, Luftverkehrsabkommen, öffentliches Beschaffungswesen, Abbau technischer Handelshemmnisse, Landwirtschaftsabkommen und Forschungsabkommen) sichern mehrheit-

lich Interessen der EU, rechtfertigen aber in Summe nicht, auf eine Begrenzung der Zuwanderung in die Schweiz zu verzichten.

Denn Arbeitnehmer-Konkurrenz (Lohn- und Arbeitslosigkeit, Einwanderung in die Sozialhilfe, Kriminalisierung, Wohnungsnot und hohe Mietpreise sowie Dichtestress auf allen Verkehrswegen, eine sanierungsbedürftige AHV und die Aussicht, demnächst in einer 10-Millionen-Schweiz zu leben, sollten genügend Grund für ein Ja zur BGI sein. Weshalb waren denn flankierende Massnahmen überhaupt notwendig? Weshalb schlägt der Bundesrat eine Überbrückungsrente vor? Alles Massnahmen, um einen (geringen) Teil der negativen Auswirkungen der Personenfreizügigkeit zu kompensieren.

Auch innerhalb der EU ist die Personenfreizügigkeit umstritten, für die Engländer sogar das zentrale Argument für den Brexit. Andere typische Einwanderungsländer wie die USA, Kanada oder

## Über ein Drittel der Zuwanderer kommt nicht wegen der Arbeit



Quelle: Eigene Darstellung (Auswahl wichtigster Berufe) auf Basis von SEM (Einwanderung ständige und nicht ständige ausländische Wohnbevölkerung mit Erwerb vom 01.01.2019 bis 31.12.2019 und Einwanderung ständige ausländische Wohnbevölkerung vom 01.01.2004 bis am 31.12.2019). Die vier Gruppierungen (Familiennachzug, Personen, welche für den Bildungserwerb in der Schweiz eingewandert sind (Aus- und Weiterbildungen), Personen ohne Erwerbstätigkeit (z. Bsp. Rentner) und Personen, welche zum Arbeiten in die Schweiz eingewandert sind (Einwanderung nach Berufsangabe)) ergeben die Gesamtmenge (100%). Theoretisch können Doppelzählungen nicht ausgeschlossen werden.

Auszug aus dem Argumentarium SVP CH

Australien steuern die Einwanderung ebenfalls mit rigorosen Kriterien.

Weshalb braucht es diese Initiative? Wir haben doch 2010 die Ausschaffungs-Initiative und 2014 die Masseneinwanderungs-Initiative angenommen. Das stimmt; nur wurden diese Initiativen wie in Aussicht gestellt, «pfefferscharf» umgesetzt. Das heisst wirkungslos. Und genau die gleichen Parteien, die heute gegen die BGI Sturm laufen, ha-

ben diese wirkungslose Umsetzung zu verantworten.

Ganz wichtig: Wenn Sie diese Argumente teilen, begrüsse ich das. Damit bewirken tun Sie nicht viel. Entscheidend ist, dass Sie von Ihrem Stimmrecht Gebrauch machen (keine Ausreden!) und abstimmen. Dann haben Sie schon ganz viel für Ihr Land getan. Sollten Sie beim Ausfüllen der Abstimmungsunterlagen

Hilfe benötigen: Tel. 031 300 58 58 (SVP CH) oder 061 421 86 21 (SVP BL).

Und dann noch dies: Laut Soziologe Ganga Jey Aratnam (Soziologe Uni Basel), einem gescheiten Kopf aus Sri Lanka, lässt sich die Einwanderung nicht durch die Begrenzungs-Initiative bremsen. Er will stattdessen Integrationskurse für Schweizer.

Soo wiit simmer scho!

# Junge SVP unterwegs!

Von Nicole Roth  
Präsidentin JSVP Baselland

Die Junge SVP Baselland und Stadt war Anfang Juli beim Flugplatzkommando in Emmen und durfte dort eine spannende Führung geniessen.

Der Besuch zeigte schnell, wie wichtig im Herbst ein **JA** zur Beschaffung neuer Kampfflugzeuge ist. Unser Luftraum braucht dringend neue Kampffjets; bei einem Nein kann die international anerkannte bewaffnete Neutralität und

die Sicherheit der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet werden.

Was die Polizei am Boden macht, erledigt die Luftwaffe in der dritten Dimension, sie schützt den Luftraum bei internationalen Konflikten und verteidigt die Schweiz bei einem bewaffneten Angriff. Die internationalen Verhandlungen (z.B. Atomprogramm Iran), die jeweils in der neutralen Schweiz stattfinden, müssen ebenfalls geschützt werden.

Am 27. September 2020 stimmen wir über das Referendum gegen den Bun-

desbeschluss vom 20. Dezember 2019, über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge, ab.

Wer zu diesem Referendum Nein sagt, spielt mit der Sicherheit der Bevölkerung. Wir brauchen dringend neue Kampfflugzeuge, um die Sicherheit der Schweizer Bevölkerung 24 Stunden / 365 Tage gewährleisten zu können.

Die Sicherheit der Bevölkerung sollte an oberster Stelle stehen!

Daher empfehlen wir auch Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, sagen Sie **JA**!



# Den Bundesrat handlungsfähig machen



Von Caroline Mall,  
Landrätin, SVP Basel-Landschaft

Am 27. September 2020 stimmen wir darüber ab, ob die Schweiz die Zuwanderung endlich wieder selbstständig nach Bedarf am Arbeitsmarkt steuern darf, so wie dies in der Vergangenheit ein Erfolgsmodell war. Wir müssen den Bundesrat in seiner Handlungsfähigkeit unterstützen, damit er mit der EU die allseits bekannte Problematik der Zuwanderung in verschiedenen europäischen Staaten souverän angehen und eine friedliche Lösung erarbeiten kann. Dass sich der Bundesrat me-

dial derart gegen die Initiative stellt, kann nur daran liegen, dass er nicht mächtig und verhandlungssicher ist, um unser Land gegenüber der EU zu verteidigen. Der Bundesrat muss, dafür ist er gewählt, die Schweiz im Ausland, insbesondere in der EU, souverän verteidigen. Mit einem Ja geben wir dem Bundesrat ein Auftragsticket in die Hand, wonach nach optimalen Lösungen rund um die uneingeschränkte Zuwanderung gesucht werden kann. Dies ist der Wunsch von vielen europäischen Staaten, und es ist legitim hier vorstellig zu werden, da die ungefilterte Zuwanderung mehr Schaden in den einzelnen Staaten anrichtet als positive Effekte generiert; das weiss die EU. Leider traurig ist doch, dass ein sehr grosser Anteil der Zugewanderten in unser Land unsere Gefängnisse belegen und ein unverhältnismässig grosser Anteil in unserem hervorragenden Sozialleistungssystem Eingang gefunden hat. Das ist weder Ehre für die Zugewanderten noch für den Gastgeber noch bringt das Wohlstand, sondern Verdruss und Verschleiss von Milliarden, die wir besser anlegen könnten. Es geht nicht darum, die Handelsabkommen zu diskreditieren, sondern die Zuwanderung geschickt und losge-

löst von den Bilateralen I anzupassen. Der Bundesrat, insbesondere Bundesrätin Keller-Sutter, sagt selbst, dass die eingebrachte «Guillotine-Klausel» in die Bilateralen I ein Unding sei. Ein Grund mehr, das ganze Vertragswesen mit der EU so anzupassen und neu zu definieren, dass unsere Schweiz in ihrer Souveränität nicht noch mehr verletzt wird. Die EU und die Gegner der Initiative wissen seit Jahren ganz genau, dass die Zuwanderung ein massives Problem für sämtliche Handelspartner (Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich usw.) darstellt. Niemals hätte man die Zuwanderung mit den Handelsabkommen koppeln dürfen; am 27. September 2020 haben wir endlich die Chance, die unkontrollierte Zuwanderung mit gesundem Menschenverstand anzupassen. Sämtliche andere europäischen Staaten sehnen sich nach einem Schweizer Ja.

Und Hand aufs Herz, der Bundesrat hat innert 72 Stunden die Notlage der Covid-19 souverän umgesetzt, ich vertraue darauf, dass er ebenfalls fähig sein wird, unser Land vor der uneingeschränkten Zuwanderung zu schützen, damit unsere Schweiz eine reiche Schweiz bleibt.

Begrenzungs-Initiative

**JA**  **zur massvollen Zuwanderung**



begrenzungsinitiative.ch

# Grenzenlos glücklich?



Von Matthias Ritter, Diegten  
Landrat SVP

Die Corona-Pandemie, mit allen gesundheitlichen, gesellschaftlichen und

wirtschaftlichen Beeinträchtigungen, hat uns den Spiegel vorgehalten. Bei uns in der Schweiz hat sich vor der eigenen Haustüre gezeigt, dass Generationen und Nachbarn in der Not füreinander da sind. Die vielen Solidaritätsbekundungen haben neben all den negativen und traurigen Mitteilungen immer wieder für ein Strahlen oder zumindest für ein Lächeln auf unseren Gesichtern gesorgt. Wir wussten und wissen es zu schätzen, Gewerbe, Dienstleister und Detaillisten in nächster Nähe zu haben.

Ein anderes Spiegelbild zeigt das Gesicht der allmächtigen EU: Nachdem jahrelang der Wegfall der Grenzen gefeiert wurde, ging es von einem Tag auf den anderen nicht mehr ohne. Jeder kocht sein eigenes Süppchen, um

mit der Pandemie umzugehen – sozusagen «America first» auf die europäische Union heruntergebrochen. Gipfel dieses Egoismus waren Meldungen wie jene von der Beschlagnahmung von 240 000 Schutzmasken für ein schweizerisches Unternehmen sowie die Blockade eines Containers mit medizinischem Material aus China für die Schweiz in Hamburg.

Geeint treten nun alle schweizerischen Parteien, Medien und die Wirtschaftsverbände gegen die Begrenzungsinitiative der SVP vom 27. September 2020 an. Mit der Personenfreizügigkeit stehe auch der freie Warenverkehr auf dem Spiel, wird argumentiert. Genau jener Vertrag also, der im März nicht das Papier wert war, auf dem er gedruckt war.

## Schon wieder im Stau!



## Zu viel ist zu viel!

**JA<sup>+</sup>**  
zur Begrenzungs-  
Initiative



[www.begrenzungsinitiative.ch](http://www.begrenzungsinitiative.ch)

# Nicht einverstanden!



Von Jacqueline Wunderer,  
Landrätin, Gemeinderätin,  
Präsidentin SVP Frauen BL

Liebe SVP-Familie

Jeder und jedem von uns ist es bestimmt schon so ergangen, dass er/sie sich mit irgendeinem Entscheid der SVP Schweiz, oder der Kantonalpartei, einem Plakat, einem Leserbrief, oder irgendeiner Meinungsäusserung eines SVP-Mitglieds, nicht einverstanden erklären konnte. Jede und jeder von uns hat bestimmt schon entgegen der allgemeinen Parolen-Fassung für sich auf dem Stimmzettel aus persönlichen Gründen das Häkchen, oder Nein / Ja, dort platziert, wo es nach seinem eigenen Gutdünken oder Gewissen einfach nicht anders ging. Ich jedenfalls fühle mich FRAU genug, selber zu entscheiden, wo ich wann wie abstimme. Ich bin

nicht langjähriges, aktives Mitglied der SVP wegen einer bestimmten Person, wegen irgendeines Präsidenten, eines Ständerates, oder Nationalrates (dies wäre auch nie ein Grund für mich, aus der Partei auszutreten), sondern weil mir die bleibenden Werte, welche die SVP am ehrlichsten vertritt, die Unabhängigkeit, die direkte Demokratie, die Neutralität und der Föderalismus wirklich am Herzen liegen. Das Gefühl der Sicherheit und Freiheit in unserem kleinen, noch überschaubaren Land ist ein unbezahlbares Gut und in meinem Leben nicht wegzudenken.

Am 27. September 2020 ist Wahltag; fünf eidgenössische Vorlagen und eine kantonale Vorlage stehen zur Abstimmung auf dem Programm, eine davon, die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungs-Initiative), sollte dabei für jedes Mitglied der SVP Ansporn sein, sich mit sämtlichen Möglichkeiten, die sie/er persönlich aufbringen kann, zu unterstützen. Diese Volksinitiative beinhaltet alles, wofür wir bei der SVP eintreten. Wenn wir diese Abstimmung nicht aus voller Überzeugung unterstützen, dafür kämpfen, Verwandte, Bekannte und Freunde motivieren, dann sind wir in der falschen Partei. Der Ausgang dieser Abstimmung ist für die Schweiz als Ganzes, für die Natur und Umwelt, die Arbeitsplätze, die Sozialleistungen und vieles mehr in unserem Land von ganz zentraler Bedeutung. Lassen wir uns nicht einschüchtern von allen anderen Parteien, die sich gegen uns stellen! Fakt ist, wir haben nur eine Schweiz; tragen wir nicht Sorge dazu, dann wird es sie bald in dieser Form nicht mehr geben.

**Nicht einverstanden bin ich hingegen mit dem neuen Jagdgesetz**, da werde ich ein Nein einlegen. Selbst in Jägerkreisen ist dieses neue Gesetz sehr umstritten. Das missratene Jagdgesetz bringt wild lebende Tierarten noch stärker in Bedrängnis. Selbst in Wildtierschutzgebieten wird geschützten Tieren nachgestellt. Statt den Umgang mit dem Wolf pragmatisch zu regeln, gefährdet das neue Gesetz den Artenschutz in der Schweiz. Nur ein Nein sichert den Schutz von Biber, Höckerschwan, Luchs und weiteren Tierarten. Das revidierte Jagdgesetz macht Abschüsse «auf Vorrat» möglich: So können Tiere geschützter Arten in namhafter Zahl geschossen werden, ohne dass sie je Schäden angerichtet hätten (Art. 7a, Abs. 2, lit. b) und ohne dass zumutbare Massnahmen (z.B. Herdenschutz) ergriffen wurden. Sie werden geschossen, einfach weil sie da sind. Weiterhin gestattet das neue Gesetz die Tradition der Baujagd, die schlichtweg Tierquälerei und absolut unnötig ist. Dass man die Treibjagd nicht auf ein Minimum beschränkt, ist für mich auch unverständlich. Jeder Schütze weiss, dass ein bewegliches Ziel schwer zu treffen ist und Fehlschüsse, wobei das Tier verletzt, aber nicht getötet wird, sind programmiert. Etliche Tiere verenden nach stundenlangem Leiden an ihren Verletzungen, wenn sie bei der Nachsuche nicht gefunden werden. Selbstverständlich schweigt man über diese Fälle. Das Wahrzeichen der Alpen, der geschützte Steinbock, der niemandem schadet, bleibt für Trophäenjäger trotzdem jagdbar, schliesslich kassiert allein der Kanton Wallis jährlich Fr. 650 000.–. Schweizer und Ausländer können ein Tagespatent lösen und bezahlen je nach Horngrösse zwischen Fr. 10 000.– und Fr. 20 000.–. Das Fleisch interessiert sie nicht. Ein Nein sichert den Artenschutz und verhindert einen Wildwuchs von kantonal verschiedenen Lösungen beim Umgang mit geschützten Tierarten. Das neue Parlament kann danach ein ausgewogenes Gesetz schaffen, das den Schutz wild lebender Tiere und eine pragmatische Regulierung des Wolfes beinhaltet. Ein Nein ist kein Votum gegen die Jagd.



# Keine zusätzliche Belastung durch teuren Vaterschaftsurlaub



Von Sandra Sollberger  
Nationalrätin SVP Baselland

Der Papi-Urlaub schafft neue Ansprüche und hohe Kosten für die Allgemeinheit. Bezahlen müssen es dann alle: Jung und Alt, Grosseltern, Eltern und Kinderlose, Arbeitnehmer und Arbeitge-

ber. Wir müssen uns bewusst sein, dass infolge der Coronakrise bereits hohe, ungedeckte Mehrausgaben auf uns alle zukommen. Alle unsere Sozialwerke sind finanziell am Anschlag. Die aktuelle Wirtschaftskrise verschärft die Lage drastisch. Die Arbeitslosenversicherung und die Sozialhilfe werden in den nächsten Monaten noch stärker unter Druck kommen, als sie es ohnehin schon sind. Gleichzeitig sind auch die Invalidenversicherung und die Altersvorsorge immer noch sanierungsbedürftig. Es geht um Milliarden, die fehlen. Als Finanzpolitikerin ist mir nicht mehr wohl dabei, wie die Sozialausgaben ins Unermessliche wachsen. Sie belaufen sich auf rund 200 Milliarden Franken jährlich und sind seit 2010 um 40 Milliarden Franken gestiegen. Und just in diesem Moment soll ein neues Sozialwerk, der Vaterschaftsurlaub, eingeführt werden? Das geht für mich nicht auf. Ich finde es verantwor-

tungslos, hier mit partikularen Interessen und einem Luxusproblem die Allgemeinheit und kommende Generationen zu belasten. Dieses Geld wird in Zukunft irgendwo fehlen, vielleicht in der Bildung oder bei jedem im Portemonnaie. Solche Ansprüche sind nicht gratis. Am Schluss wird es den Mittelstand, unsere KMU, «Büetzer» und Gewerbler am härtesten treffen, wenn die Sozialabgaben und Steuern weiter steigen, wegen solcher Ferien-Ideen.

Ich appelliere an die Eigenverantwortung der Eltern. Ich verweise zudem auf die schon heute grosszügige und freiwillige Praxis der Schweizer Unternehmen, die teilweise ausgedehnte und grossmehrheitlich flexible Lösungen für junge Väter anbieten. Das gilt inzwischen sogar als Vorteil bei der Personalrekrutierung. Es braucht dafür kein neues, teures Sozialwerk und keinen staatlichen Zwang für unsere KMU.

## Schon wieder im Stau!



## Zu viel ist zu viel!

**JA+**  
zur Begrenzungs-  
Initiative



[www.begrenzungsinitiative.ch](http://www.begrenzungsinitiative.ch)



## Lassen Sie sich den Flash per E-Mail liefern!

Immer mehr Mitglieder möchten den Flash nur noch per E-Mail erhalten und sind begeistert davon! Ab der nächsten Ausgabe des *Flash* haben auch Sie die Möglichkeit, die Zeitung per Mail zu erhalten!

### Das hat folgende Vorteile

- Sie können die jeweiligen Ausgaben bequem in einem Ordner auf Ihrem PC, Tablet oder Smartphone speichern.
- Sie haben immer alle Ausgaben dabei und können so jederzeit etwas nachlesen, das Sie interessiert.
- Sie sparen Platz, da Sie die Papierausgaben nicht irgendwo sammeln müssen.
- Die Partei spart Geld, das sie nicht für Druck und Porti ausgeben muss.

Teilen Sie einfach Ihre E-Mail-Adresse der Geschäftsstelle, [info@svp-bl.ch](mailto:info@svp-bl.ch), mit, wenn Sie den *Flash* in Zukunft per Mail erhalten möchten. Die Druckerei wird auch den Versand per Mail übernehmen.

*Vielen Dank für Ihre Mithilfe. Geschäftsstelle SVP Baselland*

## Haben Sie eine neue Adresse?

Wenn ja, wünschen wir Ihnen alles Gute am neuen Domizil. Wir sind dankbar, Ihre neue Adresse zu erfahren, damit wir sie notieren und Sie weiterhin mit unserem Flash bedienen können.

### Adressänderungen

bitte der Geschäftsstelle melden.  
[info@svp-bl.ch](mailto:info@svp-bl.ch)  
 Telefon 061 421 86 21



## Termine

Aufgrund der Corona-Situation bitten wir Sie, für Termine der SVP Baselland die entsprechende Website zu besuchen.  
[www.svp-bl.ch](http://www.svp-bl.ch)

## Impressum/Kontakt

Flash ist das Infoblatt der SVP Baselland. Annahmeschluss für Beiträge: jeweils am 20. des Vormonats.  
 Redaktion: [flash@svp-bl.ch](mailto:flash@svp-bl.ch), Druck: Schaub Medien AG, Liestal.  
 Adressänderungen an Geschäftsstelle SVP Baselland, 4410 Liestal, oder per E-Mail an: [info@svp-bl.ch](mailto:info@svp-bl.ch)  
 Telefon 061 421 86 21 / Fax 061 421 86 22 / [www.svp-bl.ch](http://www.svp-bl.ch)

